



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 343 (S. 267): Zuschuss Netzwerk gegen Rechts (SPD)

Antrag Nr. 344 (S. 267): Zuschuss für das Netzwerk gegen Rechts (GRÜNE)

Antrag Nr. 345 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts Karlsruhe (KULT)

Antrag Nr. 346 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts – Einmaliger Zuschuss für zusätzliche Aktivitäten im Jahr 2019 (Die Linke)

Antrag Nr. 347 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts (STJA) – Betriebskostenzuschuss (Bürger/Einwohner)

Im Ältestenrat wurde sich auf 17.000 Euro einmalig für das Jahr 2019 als zusätzliche Bezuschussung geeinigt.

Stadtrat Zeh (SPD): Karlsruhe hat schon mehrfach sehr große Demonstrationen von Rechtsradikalen erlebt. Zuletzt letztes Jahr in Durlach. Da hat sich schon länger in Karlsruhe das Netzwerk gegen Rechts gebildet. Die planen im kommenden Jahr einen großen Kongress, um Erfahrungen auszutauschen. Dafür sind diese Mittel bestimmt. Wir halten es für sinnvoll, diese Mittel einzustellen. Daneben sind auch eine deutliche Öffentlichkeitsarbeit und Lernangebote zu errichten. Das ist eine sinnvolle Aufgabe, die wir gerne einmalig mit den 17.000 Euro unterstützen.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Nach der gestrigen allumfassenden Vereinnahmung der Stadtgesellschaft für unsere Majolika und unsere kleine Kirche, habe ich den unmittelbaren Impuls, die Vokabel auch einmal verwenden zu wollen. Ich mache es hiermit. Es geht um unser Netzwerk gegen Rechts. Ich möchte noch einschieben, das war eben schon geklärt, wir wissen tatsächlich in der Fraktion nicht mehr, was uns geritten hat, die beantragten 17.000 Euro für ein Jahr auf zwei Jahre mit zweimal 8.000 Euro aufzusplitten. Also seien Sie bitte mathematisch nachsichtig mit uns und betrachten Sie zweimal 8.000 Euro als einmal 17.000 Euro. Das wäre sehr nett.

Unser Netzwerk gegen Rechts ist im doppelten Sinne zu verstehen, einmal aufgrund der Vielzahl der unterstützenden Gruppierungen, und andererseits natürlich deswegen, weil wir uns als GRÜNE sehr freuen, im Jahr 2012 die Initiatoren für dieses Netzwerk gegen Rechts gewesen zu sein. Kollege Zeh hat es eben schon gesagt, wesentlicher Aspekt ist,

neben all dem, was das Netzwerk leisten soll und bisher geleistet hat, gegen rechte Aufmärsche, gegen rechtsextreme Tendenzen, für eine weltoffene und tolerante Stadt, jetzt einen Kongress auszurichten. Ich möchte ganz kurz noch einmal Bezug auf das nehmen, was Kollegin Dogan schon gesagt hat. Es ist natürlich notwendiger denn je, wenn wir die heutige Situation anschauen. Wir haben eine Gruppierung unter uns, die es – wie wir gerade eben wieder gehört haben – entweder nicht gewesen sein will, wenn sie intolerant und nicht weltoffen agiert und agitiert hat, oder sich zumindest falsch verstanden haben wissen will. Das Netzwerk ist notwendiger denn je und dieser Kongress auch.

Stadtrat Braun (KULT): Wir sind einem gesellschaftlichen Rechtsruck ausgesetzt, dessen Initiatoren bewusst Stimmung machen, Hetze betreiben und Feindbilder schaffen. Und viele von ihnen sitzen mittlerweile in den deutschen Parlamenten. Das Netzwerk gegen Rechts positioniert sich und arbeitet gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit und ist daher aus Sicht der KULT-Fraktion genau das richtige Mittel, um gegen diesen Rechtsruck vorzugehen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): In den letzten 20 Jahren Gemeinderat, in denen ich hier Mitglied bin, haben wir im Gemeinderat alle gemeinsam in dieser Frage an einem Strang gezogen. Das fand ich sehr gut. Wir können uns in vielen kommunalpolitischen Positionen streiten. Das ist auch richtig so. Aber in dieser einen Frage, das lehrt die Geschichte, sollten wir uns nicht streiten. Das tun wir bisher auch nicht. Ich hoffe, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag auch zustimmt. Ich finde es prima, dass wir das weiter so handhaben werden.

Stadtrat Döring (CDU): Herr Hodapp, Sie haben es angesprochen, Sie sprechen von unserer Majolika, auch wenn Sie dagegen gestimmt haben. Das ist okay. Auch diesbezüglich sehe ich Ihnen Ihre Rechenschwäche nach. Das zieht sich ein bisschen durch die Beratung. Aber kommen wir zurück zum Thema, zum Netzwerk gegen Rechts.

Sie können sich denken, wir haben damit gewisse Probleme, weil wir gegen jede Form von politischem Extremismus sind. Dazu gehört Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und auch Ausländerextremismus, den wir zwar in Karlsruhe nicht sehr stark haben, aber den es auch in diesem Land gibt. Sie blenden den Großteil dieser linksextremistischen Strömung einfach aus. Schauen Sie sich einmal die Tagesordnung der vergangenen Gemeinderatssitzung an. Da ist eine Anfrage der CDU zur politisch motivierten Kriminalität drauf. In dieser Stadt haben wir ein Problem mit linksextremer Gewalt. Aber das negieren Sie. Das ist Ihnen vollkommen egal. Ich könnte es verstehen, wenn Sie sagen, wir richten einen Kongress aus, oder dieses Netzwerk richtet einen Kongress aus, der sich gegen jede extremistische Strömung stellt. Aber nein, es muss mal wieder auf Rechtsextremismus fokussiert sein. Und mit wem machen Sie das? Mit den Linksextremen unter der Decke. Schauen Sie sich einmal das Netzwerk gegen Rechts an. Wer ist dabei? Genau diese Leute. Sie sagen immer, Sie sind gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Was ist denn das, was die Antifa macht? Berufsgruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt gegen Vollzugsbeamte. Nichts anderes. Genau das wird dort propagiert. Das wird die CDU auch in Zukunft nicht finanziell unterstützen, außer das Netzwerk findet endlich den Mut, sich zu einem Netzwerk gegen jede Form von Extremismus zu machen und sich auch in seinem Namen dazu zu bekennen.

Stadtrat Wenzel (FW): Bevor sich die Kollegen hier an die Gurgel springen, ein kleiner Wortbeitrag von mir als Freie Wähler. Wir verstehen die Sorgen der CDU, ist ganz klar. Uns wäre auch lieber, wenn das Bündnis gegen Extremismus aller Art wäre. Aber ich möchte auch erinnern, dass wir Freien Wähler Mitglied dieses Bündnisses, dieses Netzwerkes sind. Wir sind auch deshalb Mitglied geworden, um etwas Einfluss zu haben als schwache Gruppierung. Ja, ich mache mir Sorgen. Ich mache mir auch Sorgen in der Gesellschaft. Ich selber habe Sorgen, das hat man in meiner Haushaltsrede gehört, dass wir eine Spaltung der Gesellschaft haben. Aber man kann nur etwas bewegen, wenn man Mitglied in einer Gruppierung ist und versucht, diese Gruppierung dahin zu bewegen, dass Verständnis ist. Deshalb trage ich auch diesen Antrag mit, nicht dass ich Antragsteller bin. Mir macht es wirklich Sorgen. Ich werde nachher noch einmal auf einen AfD-Antrag eingehen, dass hier – da muss ich dem Kollegen Hodapp Recht geben – Ängste geschürt werden, wo Bürger wie ich – wir Freien Wähler sehen uns in der Mitte der Gesellschaft – Ängste entwickeln, die entweder nicht da sind oder nicht rechtzeitig bekämpft werden. Mit „bekämpft“ meine ich jetzt nicht mit Gewalt - ich distanzieren mich von jeder Gewalt und jeder gewalttätigen Gruppierung – sondern durch Aufklärung. Das ist auch der Sinn der Sache. Hier soll Aufklärung erfolgen. Diese Konferenz will zeigen, in welche Richtung wir gehen, und will aufklären. Alles, was friedlich ist, alles was Drucksache ist, halte ich für gut. Wir sollten uns in der Gesellschaft in die Mitte bewegen. Deshalb noch einmal: Ja, ich unterstütze den Antrag, aber machen Sie sich im Netzwerk bitte Gedanken, wie wir schon öfters gesagt haben, alle extremistischen Gruppierungen zu bekämpfen, aber friedlich zu bekämpfen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte kurz auf den Beitrag von Herrn Hodapp eingehen, der mir ganz deutlich gesagt hat, dass sich das Netzwerk gegen Rechts auch gegen Parteien richtet, die demokratisch gewählt sind und seit kurzem in den Gremien sitzen. Damit kann nur die AfD gemeint sein. Dieses Netzwerk gegen Rechts richtet sich offen gegen eine demokratisch gewählte Partei. Sie haben dieses Netzwerk eingerichtet, und Sie haben es heute so gesagt. Sie erwarten jetzt nicht, dass ich zustimme. Aber stellen Sie sich einmal kurz vor, hier würde jemand ein Rechtswerk gegen Links initiieren und dafür Gelder beantragen, was dann los wäre.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Ich habe mich gerade noch einmal vergewissert, wir sind auch Mitglied im Netzwerk gegen Rechts. Allerdings muss ich sagen, manches, was aus dieser Ecke kommt, mit dem kann ich mich überhaupt nicht identifizieren. Es ist in der Gesellschaft wirklich so, dass wir als Deutschland eher gefährdet sind, nach rechts zu kippen statt nach links zu kippen. Geschichtlich ist es einfach so. Aber das heißt nicht, dass wir jetzt nicht ausgewogen nach beiden Seiten offen und sensibel sein müssen. Wie das Netzwerk agiert, ist doch stark linkslastig. Von der Seite sage ich, wir bleiben konstruktiv dabei. Wir bleiben als FÜR Karlsruhe konstruktiv dabei. Aber es muss sich stimmungsmäßig etwas ändern. Es ist nicht ausgewogen im Sinne von wir haben Extremismus im Blick, sondern es ist tatsächlich einseitig ausgerichtet. Das gefällt mir nicht. Es ist manchmal so, dass wir stärker in der Mitte verankert sind, und deshalb keine Heimat haben in diesem Netzwerk. Ich behaupte, andere haben das Sagen. Sehr extreme Gruppen haben das Sagen. Da fühle ich mich oft eher angegriffen als beheimatet. Ich bleibe dabei, weil wir mitbestimmen wollen, mitbeeinflussen. Aber gleichzeitig sagen wir, diesen finanziellen Beitrag gehen wir nicht mit. Da sind wir nicht dabei. Aber wir bleiben dabei, gehen konstruktiv mit.

Stadtrat Krug (CDU): Liebe Kollegen, Sie verzeihen, dass ich jetzt historisch belastet eine Anmerkung zu dem, was gerade eben gesagt wurde, machen muss. Demokratisch gewähl-

te Parteien, lieber Kollege Dr. Schmidt, sind nicht automatisch deswegen demokratisch. Da muss man nicht auf die frühen 1930er, wo es die rechts und links gab, hinweisen.

Eine zweite Anmerkung, lieber Kollege Kalmbach. Ja, für das Image Deutschlands ist der Rechtsextremismus die größere Gefahr. Aber wenn wir über Deutschland reden, sollten wir seit 1990 doch auch realisiert haben, dass Ostdeutschland 40 Jahre von einer kommunistischen Diktatur regiert wurde, die die Menschen dort aber nicht selber gewählt haben, sondern selber gestürzt haben, die 40 Jahre auf sowjetischen Panzern beruhte und auf sonst nichts. So viel sollten wir gesamtdeutsch denken.

Eine persönliche Anmerkung: Ich werde mich, solange linksextremistische Gruppierungen mitmarschieren, nie an einer Veranstaltung des Netzwerks gegen Rechts beteiligen. Das nennt man den antitotalitären Konsens, den es zu Beginn der Bundesrepublik lange Zeit gab, mit guten Gründen.

Stadtrat Hermanns (SPD): Lieber Kollege Döring, wenn wir eine Gefahr hätten von Linksextremen oder terroristischen Vereinigungen, dann könnte ich Ihnen und Ihren Folgerungen folgen. Wenn wir uns aber die Gesamtwetterlage in Europa anschauen, wir haben in allen Bereichen eine Radikalisierung gegen Rechts: Liga Nord in Italien, Orbán in Ungarn, wir haben jetzt auch eine Partei hier, die sich aus meiner Ansicht im rechtsradikalen Spektrum bewegt; zumindest ihr Bundestagsabgeordneter geht eingehakt in Chemnitz mit Rechtsradikalen. Deswegen ist es wichtig, aufgrund unserer Geschichte. Ich glaube, das ist der Unterschied. Es haben nicht Linksradikale einen zweiten Weltkrieg angefangen und Andersdenkende im KZ eingesperrt und vergast. Das ist eine ganz eigene Qualität, was wir haben. Deswegen gilt es, die Anfänge, die wir wieder in Deutschland haben, mit aller Kraft und mit aller Macht zu verhindern. Es ist unser Netzwerk, um genau dem entgegenzustehen. Wir haben eine NSU, wir haben wieder terroristische Organisationsformen im rechtsradikalen Bereich. Wenn Sie sich die Kriminalstatistik anschauen, werden von rechts Sprengstoffanschläge, Brandanschläge gemacht in einem viel höheren Maße. Von daher kann ich Ihren Ausführungen nicht ganz folgen. Wir sollten aus Karlsruhe heraus ein Zeichen setzen, dass Rechtsradikalismus in Deutschland keine Zukunft hat. Denn wir haben aus der Geschichte gelernt.

Stadtrat Hodapp (GRÜNE): Lieber Kollege Döring, was ich argumentativ immer sehr spannend finde, ist die Frage, wann wird pauschalisiert und wann nicht. Wir stimmen hier über das Netzwerk gegen Rechts ab. Ich bleibe bei meinen beiden Beispielen, bei meinen beiden Zitaten. Nach Ihrer Logik hätten wir bei der Majolika gleichzeitig alle Keramikfabriken Deutschlands erwähnen müssen, und bei der kleinen Kirche, die, wenn ich das richtig weiß, evangelisch ist, den Katholiken auch eine Renovierung einer Orgel aufdrängen müssen. Das ist einfach widersinnig. Wir sprechen hier über das Netzwerk gegen Rechts. Es steht Ihnen ja frei, wenn Ihnen dabei unwohl ist, ein Netzwerk gegen Links zu gründen und Verbündete dafür zu finden. Aber ich verstehe die Logik nicht, wenn wir hier gegen ein Netzwerk gegen Rechts sprechen, dass wir immer automatisch über ein Netzwerk gegen Links sprechen müssen oder gegen linksextreme Tendenzen. Das verschließt sich einfach meiner Logik.

Der zweite Punkt ist der, ich verstehe Ihr Unwohlsein. Wir sind alle gewöhnt, in einem klassischen Parteienschema von links bis rechts zu denken. Wir haben die Argumente schon öfter gehört. Ich verstehe auch, dass Sie sagen, das Rechts ist zu nahe an uns. Das ist völlig

verständlich. Nur, dann bitte, machen Sie Ihre Abgrenzung nach ganz rechts selbst. Werfen Sie uns die nicht vor. Wir freuen uns, wenn Sie, wie wir die CDU auch bundesweit kennengelernt haben, Konservatismus anders definieren als dieses Rechts, das Sie offensichtlich fürchten, aber uns vorwerfen. Aber machen Sie daraus kein Thema gegen das Netzwerk gegen Rechts, sondern machen Sie Ihre Abgrenzung, die notwendig ist, nach ganz rechts.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich würde ganz gern zum Schluss noch einmal das Netzwerk auf das Format zurückschrumpfen, das es eigentlich hat.

Erstens möchte ich in Richtung von Herrn Krug sagen, bei Veranstaltungen des Netzwerks gegen Rechts wird generell nicht marschiert. Das ist das Erste. Was das Netzwerk gegen Rechts im nächsten Jahr macht, ist eine Kampagne, auch um mehr Mitglieder zu gewinnen, um sich breiter aufzustellen. Was daran linkslastig sein soll, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Das Zweite, was das Netzwerk vorhat, ist, einen Kongress auszurichten. Der Schwerpunkt dieses Kongresses wird Europa sein. Wenn wir uns daran erinnern, dass wir nächstes Jahr Europawahl haben, nicht nur Kommunalwahl, und was dann zum Teil an Tendenzen, auch an Kandidatinnen und Kandidaten von verschiedenen Seiten aus europäischen Parteien antritt, wird man vielleicht doch noch mehr einsehen, dass es notwendig ist, auch jetzt einmal gemeinsam ein Bündnis für ein demokratisches Europa zu schmieden. Dazu laden wir ein. Darüber will dieses Netzwerk diskutieren. Da muss man nicht erst einen Macron zitieren, der in Deutschland war und auch gesagt hat, für ihn ist eine große Gefahr in Europa dieser Nationalismus. Ich nehme ihn aber einmal, weil er auch für eine bestimmte Denkweise steht. Die werden Sie im Netzwerk ganz stark wiederfinden. Also lade ich dazu ein, einmal wieder eine Sitzung des Netzwerks zu besuchen und einfach festzustellen, was da gearbeitet wird. Ich bitte auch um Zustimmung für die Anträge.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge Nrn. 343 - 347. Ich habe mir noch einmal den Antrag aus der Bürgerschaft angeschaut. Der geht auch nur von einem einmaligen Zuschuss aus, so dass wir alle Anträge zusammenfassen können, auf einen einmaligen Zuschuss von 17.000 Euro für das Jahr 2019. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Zustimmung**.

Ich glaube, alle sollten dann einmal eine Einladung zu der Konferenz bekommen. Vielleicht kann man einen Teil der Diskussion dann dort führen.

(...)